

Antrag

der Abgeordneten Renate Künast, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Klimawandel wirksam durch Urwaldschutz bekämpfen – Agrarüberschüsse in den Erhalt der Urwälder investieren

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- initiativ zu werden, dass die Europäische Union als Beitrag zum internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz überschüssige und ungenutzte Gelder aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik des Jahres 2007 in Höhe von 200 Mio. Euro der „Forest Carbon Partnership Facility“ (FCPF) der Weltbank zur Verfügung stellt;
- initiativ zu werden, dass die Europäische Union jährlich mit überschüssigen Geldern aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik einen Beitrag für die „Forest Carbon Partnership Facility“ und andere Programme zum Schutz der Urwälder zur Verfügung stellt;
- sich dafür einzusetzen, dass Beteiligungsrechte von indigenen Völkern, lokalen sowie internationalen Nichtregierungsorganisationen bei der Umsetzung von Pilotprojekten der „Forest Carbon Partnership Facility“ gewährleistet werden.

Berlin, den 11. Januar 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Unsere globalen Urwälder dienen der Abfederung der Klimaschwankungen, indem sie ca. 40 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs binden. Zum anderen hat die Zerstörung der Urwälder einen Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen von mindestens 20 Prozent. In der Rangliste der Staaten, die am meisten zum Klimawandel beitragen, liegt mit Indonesien ein Land auf Platz drei, in dem der Raubbau am Tropenwald die Hauptursache der Treibhausgasemissionen ist. Die bisher getroffenen internationalen Maßnahmen haben die fortschreitende Zerstörung der Urwälder nicht wirksam zu stoppen vermocht. Die alarmierend hohe Entwaldungsrate erfordert ein schnelles und konsequentes Gegensteuern.

Deshalb muss der verstärkte Schutz der internationalen Urwälder einen Schwerpunkt der internationalen Klimaschutzanstrengungen darstellen. Aus diesem Grund wurde auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) die „Forest Carbon Partnership Facility“ ins Leben gerufen. Ziel des Programms ist es, Entwicklungsländer stärker als bisher beim Erhalt von Urwäldern und bei der Vermeidung weiterer Entwaldung finanziell zu unterstützen. Neben der finanziellen Kompensation für vermiedene Entwaldung und Unterschutzstellung von Wäldern geht es hier um eine langfristige ökonomische Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen.

Ziel der „Forest Carbon Partnership Facility“ ist es, einen politischen Rahmen zu entwickeln, der in der Zukunft einen wesentlich höheren Ressourcentransfer zur Kompensation von sog. vermiedener Entwaldung z. B. über Emissionshandel erlaubt.

Die FCPF steht unter dem Management der Weltbank. Bisher sind 19 Mitgliedsländer der Partnerschaft für den Urwaldschutz beigetreten. Deutschland leistet über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit den größten Beitrag an dieser Initiative in Höhe von insgesamt 40 Mio. Euro.

Auch die Europäische Union muss dringend einen eigenen Beitrag zu dieser wichtigen Klimaschutzinitiative leisten. Die Europäische Union hat hier eine Möglichkeit, ihre Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz zu bekräftigen und die Entwicklungsländer bei ihren Maßnahmen zum Klima- und Biodiversitätsschutz zu unterstützen. Mit 200 Mio. Euro würde die Europäische Union die bisher bereitgestellten Mittel der an der „Forest Carbon Partnership Facility“ beteiligten Staaten verdoppeln.

Zur Finanzierung ihres Beitrags zur FCPF kann die Europäische Union auf die regelmäßigen Überschüsse des europäischen Agrarhaushaltes zurückgreifen. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik fallen jährlich einige Milliarden Euro an, die nicht im Agrarsektor ausgegeben worden sind. Das waren im Jahr 2007 insgesamt 2,1 Mrd. Euro, von denen nun 1,6 Mrd. Euro für das europäische Navigationssystem Galileo umgewidmet wurden. Im nächsten Jahr beträgt die Marge voraussichtlich ca. 3,8 Mrd. Euro. Darüber hinaus sind auch die Finanzmittel, die innerhalb des Agrarhaushaltes im jeweiligen Haushaltsjahr nicht abgerufen werden, bisher ohne Verwendung und werden mit den EU-Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten für das nächste Jahr verrechnet. Diese Summe beträgt in diesem Jahr 400 Mio. Euro.

Ein Teil dieser Finanzmittel, die unterhalb der Obergrenze der finanziellen Vorausschau nicht in den jährlichen EU-Agrarhaushalt eingestellt worden sind und am Ende des Jahres übrig bleiben, soll in Zukunft für die „Forest Carbon Partnership Facility“ und andere Programme zum Schutz der Urwälder verwendet werden.

Dies ist ein angemessener Beitrag der EU zum Urwald- und Klimaschutz und ein wichtiges Signal an Entwicklungsländer, deren Interessen das System der europäischen Agrarsubventionen in seiner bisherigen Form seit Jahren zuwiderläuft. Mit dem Einsatz der Überschüsse aus der Gemeinsamen Agrarpolitik für den Urwaldschutz trägt die Europäische Union zugleich zur ökologischen Gerechtigkeit gegenüber den Entwicklungsländern bei. Um die effektive und transparente Verwendung der bereitgestellten Finanzmittel zu sichern, ist es notwendig, dass auch indigene Völker und Nichtregierungsorganisationen an den Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen der „Forest Carbon Partnership Facility“ beteiligt werden. Deutschland als größtes Geberland muss sich hier für die Beteiligungsrechte einsetzen.

Deutschland wird im Mai 2008 Gastgeber und Präsident der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Konvention über biologische Vielfalt (CBD) sein. Der Urwaldschutz und die Diskussion um wirksame Finanzierungsmechanismen werden die Schwerpunkte der CBD-Konferenz in Bonn darstellen. Um den Klimaschutz wirksam voranzutreiben, sollte eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der UNFCCC und der CBD auf der Vertragsstaatenkonferenz im Mai 2008 auf den Weg gebracht werden und Biodiversitätsexpertise muss langfristig in die Klimaverhandlungen Eingang finden. Zudem müssen wirksame Finanzierungsmechanismen zum Schutz der Urwälder und für die Kompensation von vermiedener Entwaldung vorangetrieben werden. Um den Erfolg der Konferenz zu sichern, muss Deutschland als Gastgeber Initiativen für den Walderhalt und den damit einhergehenden Schutz der Biodiversität vorgeben.

